



DIE LINKE. im Stadtrat Fürth, Königstraße 95, 90762 Fürth

Direktorium
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Thomas Jung
- Rathaus -
90744 Fürth

Königstraße 95
90762 Fürth
stadtrat@die-linke-fuerth.de
www.die-linke-fuerth.de

Niklas Haupt – Gruppensprecher
Telefon: 0157 30463784
Ruth Brenner – Stellv. Gruppensprecherin
Ulrich Schönweiß

Fürth, 25. Mai 2020

Dringlicher Antrag zur Behandlung in der Sitzung des Stadtrats am 27. Mai 2020

Resolution für einen kommunalen Rettungsschirm

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Fürth begrüßt und unterstützt die Planungen des Bundesfinanzministers Olaf Scholz für einen umfassenden Rettungsschirm für die Kommunen. Dieser sieht unter anderem die Übernahme der coronabedingten Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer durch Bund und Länder vor. Außerdem begrüßt die die Stadt Fürth auch die im Vorschlag enthalten Planungen für einen Altschuldenerlass für Kommunen. Dies ermöglicht den betroffenen Kommunen während und nach der Coronakrise überhaupt noch handlungsfähig zu bleiben.

Gleichzeitig fordert die Stadt Fürth die Bundes- und insbesondere Landesregierung dazu auf, auch ein Hilfsprogramm für die verschuldeten Kommunen aufzulegen, die keine sogenannten Altschulden (mehr) besitzen. Die coronabedingten Mindereinnahmen werden sich über einen langen Zeitraum auswirken; die einmalige Übernahme der ausgefallenen Gewerbesteuer reicht daher nicht aus.

Die Stadt Fürth fordert die Landesregierung dazu auf die Planungen des Bundesfinanzministers konstruktiv zu unterstützen und bittet die Fürther Mitglieder des Bundes- und Landtages im Sinne dieser Resolution zu handeln.

Begründung:

Wie hinlänglich bekannt, wird die Corona Krise für enorme finanzielle Einbußen bei den Kommunen sorgen. Es braucht daher eine Hilfe für alle Kommunen und gleichzeitig zusätzliche Unterstützung für die hochverschuldeten Kommunen, die besonders durch die von der Corona-Krise verursachten Mindereinnahmen betroffen sind.

Als Anlage haben wir die Stellungnahme des Deutschen Städtetages beigefügt, die allen Stadträtinnen und Stadträten bereits zugehen und schlüssig für die Planungen des

Bundesfinanzministers argumentiert. Auch die Gewerkschaft Ver.di spricht sich im Übrigen für den Vorschlag von Olaf Scholz aus.

Die Resolution ist gerade dahingehend von Wichtigkeit, da sich die bayerische Landesregierung reflexartig gegen den Vorschlag von Olaf Scholz gestellt hat. Der alleinige Grund ist wohl, dass die meisten bayerischen Kommunen keine Altschulden besitzen. Dies widerstrebt dem dringend gebotenen Solidargedanken und ist für uns daher nicht nachvollziehbar.

Die Dringlichkeit des Antrags ergibt sich durch die vorgeschlagenen Kürzungen bzw. „Ausgabenbegrenzende Maßnahmen zum Haushalt 2020, um Einnahmeausfällen durch die Corona-Krise entgegenzuwirken“ in der Tagesordnung der Stadtratssitzung.

Mit Freundlichen Grüßen


Niklas Haupt


Ruth Brenner


Ulrich Schönweiß